

Zweite Anklage gegen Løkkevik

Von unserem Redaktionsmitglied
Thomas Volgmann

Der Großinvestor der Yachthafenresidenz Hohe Düne soll Steuern hinterzogen haben. Zur ersten Anklage wegen Subventionsbetrugs kommt jetzt eine zweite.

SCHWERIN. Am Wochenende war die Yachthafenresidenz Hohe Düne zum ersten Mal Austragungsort des alljährlichen Landespresseballs. Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD), Politiker aller Parteien, Wirtschaftsführer und Medienvertreter feierten eine glanzvolle Ballnacht am Ufer der Warnow.

Nur Tage später brauen sich wieder dunkle Wolken über Warnemündes nobler Adresse zusammen. Die Rostocker Staatsanwaltschaft hat gegen

den Investor der Yachthafenresidenz Hohe Düne, Per Harald Løkkevik, eine zweite Anklage vor dem Landgericht der Hansestadt erhoben. Wie Gerichtssprecher Michael Mack gegenüber unserer Redaktion bestätigte, soll der norwegische Großinvestor nach Ansicht der Staatsanwaltschaft zwischen 2007 und 2009 Sozialbeiträge und Steuern für zumeist polnische Angestellte in der Hafensresidenz nicht abgeführt haben.

„Die Höhe der nicht gezahlten Abgaben wird in der Anklage mit 299 000 Euro angegeben“, sagte der Gerichtssprecher. Bei den hinterzogenen Steuern soll es um insgesamt 91 000 Euro gehen. Es gebe noch keine Entscheidung des Gerichts über die Eröffnung der Hauptverhandlung, so Michael Mack. Ein Prozesstermin steht somit auch noch nicht

fest. Das Rostocker Landgericht quält sich mit Entscheidungen, wenn es um Per Harald Løkkevik geht. Eine erste Anklage liegt bereits seit August 2011 beim Gericht. In diesem Fall geht es um wesentlich höhere Summen als bei der zweiten Anklage. Dem Investor wird vorgeworfen beim Bau der 120 Millionen Euro teuren Yachthafenresidenz zu Unrecht 47,5 Millionen Euro an Fördermitteln kassiert zu haben. Er habe die Gesellschaft künstlich in zwei Projekte aufgespalten, um den Fördersatz von 50 Prozent zu erhalten. Laut Anklagebehörde hätte das Projekt als Großunternehmen nur mit einem Satz von 35 Prozent gefördert werden dürfen. Der Beschuldigte bestreitet die Vorwürfe.

Im Januar wurde Løkkevik nach mehreren Monaten in Untersuchungshaft nach einer



Per Harald Løkkevik FOTO: DPA

Entscheidung des Landgerichts auf freien Fuß gesetzt. Eine Freilassung auf Kaution in Höhe von 270 000 Euro hatte das Amtsgericht zuvor abgelehnt. Haftgrund: Fluchtgefahr. Denn Løkkevik hat ein Anwesen auf der kanarischen Ferieninsel Lanzarote.

Das Landgericht setzte nicht nur die Freilassung des beschuldigten Geschäftsmannes durch, es verlangte von der Staatsanwaltschaft zudem

Nachermittlungen. Zu viele Fragen waren aus Sicht der Richter in dieser ersten Anklage noch offen. Diese Nachermittlungen waren allerdings bereits im Frühjahr dieses Jahres beendet, doch eine Entscheidung über die Eröffnung einer Hauptverhandlung steht bis heute aus.

„Es ist zu prüfen, ob genügend Beweise für einen hinreichenden Tatverdacht vorliegen“, begründete Gerichtssprecher Mack die Dauer. Bei einem so komplexen Verfahren würden die Richter dafür Zeit brauchen. Zudem würden Verfahren vorgezogen, bei denen die Beschuldigten in Untersuchungshaft sitzen, und deshalb Eile geboten sei. Doch nach der Strafprozessordnung muss auch das Verfahren gegen Løkkevik zügig vorangetrieben werden.

Außerdem steckt auch poli-

tischer Sprengstoff in diesem Fall. Die Yachthafenresidenz Hohe Düne mit 386 Zimmern und großer Marina wurde im Herbst 2005 eröffnet. Das Prestigeobjekt hatte damals für die Landesregierung höchste Priorität. Denn mit dem Projekt bewarb sich Rostock 2004 um die Olympischen Segelwettbewerbe 2012.

Die Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen in diesem Fall im vergangenen Jahr auf weitere Personen wie den ehemaligen Wirtschaftsminister Otto Ebnet (SPD) und seinen damaligen Staatssekretär Reinhard Meyer wegen des Verdachts auf Beihilfe zum Subventionsbetrugs ausgedehnt. Meyer hatte im Dezember 2003 den Förderantrag unterschrieben.

Kontakt zum Autor

thomas.volgmann@mvmredaktion.de

Streit um Lehrerpreis

SCHWERIN. Schulen in freier Trägerschaft sind nach Ansicht der Grünen vom neuen Lehrerpreis ausgeschlossen. Der Preis solle nur für öffentliche Schulen vergeben werden, die privaten Schulen würden einmal mehr vom Bildungsministerium benachteiligt, sagte die bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Ulrike Berger, gestern. Dabei würden mehr als 12 000 Schüler, also rund zehn Prozent landesweit, auf Privatschulen gehen.

Berger forderte Bildungsminister Mathias Brodtkorb (SPD) auf, alle Bewerbungen unabhängig von der Schulträgerschaft gleich zu behandeln. Er sollte seine eigene Ausschreibung ernst nehmen, in der es heißt: „Es gibt keinerlei Einschränkungen dafür, wer als ‚Lehrer des Jahres‘ vorgeschlagen werden kann.“

Das Bildungsministerium hat am Montag erstmals einen Preis „Lehrer des Jahres“ für Mecklenburg-Vorpommern auslobt.

dpa

Training für den Königsschuss



NEUBRANDENBURG. Charleen Bänisch und Johannes Wigger gehören zu den mehr als 2000 Schützen aus den 196 Schützenvereinen des Landes, die an den 11. Landesmeis-

terschaften von Freitag bis Sonntag in Neubrandenburg teilnehmen. Los geht es morgen um 18 Uhr mit einem Prominentenschießen. Höhepunkt wird am Sonnabend das Kö-

nigsschießen, bei dem der Landesschützenkönig und die Landesschützenkönigin ermittelt werden. Für Jedermann wird an beiden Tagen ein Bürgerschießen veranstaltet, des-

sen Finale am Sonntag ausgetragen wird. Für Interessierte gibt es außerdem an beiden Tagen die Möglichkeit, sich beim Bogenschießen zu erproben. TEXT/FOTO: ZANDER

Ministerin Schwesig kündigt Reform der Pflege an

Von unserem Mitarbeiter
Andreas Frost

Während in den vergangenen Jahren die Pflegeheime intensiv unterstützt wurden, müssten nun bessere Rahmenbedingungen für die ambulante Pflege geschaffen werden – ein Thema gestern im Landtag.

SCHWERIN. Familien sind nach Auffassung von Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD) immer noch „der größte Pflegedienst“ und bräuchten mehr Aufmerksamkeit, mehr Dank und mehr Unterstützung.

Deshalb habe die SPD/CDU-Landesregierung einen „Strategiewechsel“ vorgenommen, sagte die Ministerin gestern im Landtag. Während in den vergangenen Jahren die Pflegeheime intensiv unterstützt wurden, müssten nun bessere Rahmenbedingungen für die ambulante Pflege geschaffen

werden. Das sei im Interesse der Betroffenen, die in der Regel so lange wie möglich in ihrem gewohnten Zuhause bleiben wollten.

Darum sollte zum Beispiel der Staat Familienmitglieder besser unterstützen, die statt zu arbeiten ihre kranken Eltern betreuen. Allerdings dürfe diese Aufgabe nicht allein an den Frauen hängen bleiben, deren Berufstätigkeit schließlich gewünscht sei. Damit in MV künftig genügend professionelle Pflegekräfte arbeiten, müsse das Berufsbild attraktiver werden, so Schwesig. Pflege sei „viel mehr als Füttern und Hintern abwischen“. Und natürlich müssten die Pflegekräfte insgesamt gerecht bezahlt werden. Das zeige der anhaltende Streit zwischen den ambulanten Pflegediensten und den Krankenkassen.

Silke Gajek (Grüne) begrüßte den Ansatz, die ambulante der stationären Pflege so weit

wie möglich vorzuziehen. Zudem forderte sie, neue Wohnformen wie Senioren-Wohngemeinschaften stärker zu unterstützen.

Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei, prangerte unterdessen an, dass wegen eines „akuten Reformstaus“ inzwischen „die Grenze zum Pflegenotstand überschritten“ sei. Die Pflegekräfte würden schlecht bezahlt und müssten in einem sehr ungünstigen Schichtdienst arbeiten.

CDU-Fraktionschef Vincent Kokert widersprach dem Eindruck, Pflegekräfte in Mecklenburg-Vorpommern würden insgesamt schlecht bezahlt. „Dann wären die längst alle weg“, sagte Kokert. Viele Pflegedienste würden zusätzlich zum Gehalt einen Dienstwagen und ein Diensttelefon stellen und für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen zum Beispiel einen Kitaplatz organisieren.

Hürde genommen

SCHWERIN. In Bremen und Brandenburg dürfen 16-Jährige bei Landtagswahlen mitwählen – Linke und Grüne wollen das auch den Jugendlichen in MV ermöglichen. Dafür haben die beiden Oppositionsfraktionen gestern eine erste Hürde genommen: Ihre Gesetzentwürfe für die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre sind im Landtag

einstimmig zur weiteren Beratung in den Rechtsausschuss überwiesen worden. Dort sollen Experten zum Thema gehört und Argumente diskutiert werden. Der SPD-Abgeordnete Heinz Müller schlug vor, dazu einen Regierungvertreter aus Österreich einzuladen. In der Alpenrepublik dürfen 16-Jährige auf allen Ebenen mitwählen. dpa

Sitzungen weiter geheim

SCHWERIN. Das Verfassungsschutz-Kontrollgremium im Landtag wird auch künftig hinter verschlossenen Türen beraten. Die Grünen scheiterten gestern mit einem Vorstoß für öffentliche Sitzungen. SPD und CDU stimmten dagegen, den Gesetzentwurf in den Ausschüssen des Parlaments zu diskutieren. dpa

Renten der Landes-Minister sollen sinken

SCHWERIN. Die Schweriner Landesregierung will sich die Rente kürzen. Minister sollen 4,4 Prozent weniger Ruhegehalt bekommen. Das beantragten Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) und sein Kabinett gestern im Landtag in Schwerin.

Bislang können ehemalige Regierungsglieder bis zu 75 Prozent eines Ministergehalts als monatliches Ruhegehalt bekommen. Künftig sollen es höchstens noch 71,75 Prozent sein. Damit werden die Minister den Beamten

gleichgestellt, sagte Finanzministerin Heike Polzin (SPD). Den Höchstsatz bekommt allerdings nur, wer 23 Jahre lang Kabinettsmitglied war und mindestens 60 Jahre alt ist. Bislang ist es möglich, dass ehemalige Minister bereits im Alter von 55 Jahren Ruhegehalt bekommen. Das kleinste Ruhegehalt von 30 Prozent der aktuellen Ministerbezüge bekommt künftig, wer fünf Jahre Minister war. Derzeit reichen noch vier Jahre aus. Laut Polzin sollen die neuen Renten anders als sonst üblich,

nicht erst für die nächste Regierung gelten.

Die Linkspartei kritisierte, dass die Landesregierung ihren Vorschlag erst jetzt im Landtag präsentierte. Grundsätzlich signalisierte sie Zustimmung. Auch die Grünen begrüßten „den Sparwillen“ der Landesregierung. Wenn der Vorschlag vom Landtag beschlossen wird, läge Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Minister-Renten im Vergleich zu anderen Bundesländern „im Mittelfeld“, so Fraktionschef Jürgen Suhr. afro